

Initiative *neue fdp*

# FREIHEITS-SKIZZE

*Von Carl Philipp Burkert, Matthias Hüsgen, Marco Mendorf, Rainer Mertens,  
Wulf Pabst, Bianca Peters und Michael Ruoff (team@neue-fdp.de)*

I.	Mensch, Freiheit, Staat .....	2
II.	Herausforderungen für Liberale .....	2
III.	C. Entwürfe liberaler Politik.....	3
1)	BÜRGERGESELLSCHAFT .....	3
2)	BILDUNG .....	3
3)	Kultur und Religion .....	3
4)	SOZIALES .....	4
5)	WIRTSCHAFT UND STEUERN .....	4
6)	INNEN UND RECHT .....	5
7)	UMWELT .....	6

## A) MENSCH, FREIHEIT, STAAT

Jeder Mensch ist frei. Wie er sein Leben gestalten will, entscheidet er in eigener Verantwortung. Keiner hat das Recht, die Freiheit des Einzelnen einzuschränken. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sich, sein Handeln und die Zukunft kommender Generationen. Individuelle Freiheit des Einzelnen verlangt auch von jedem ein Höchstmaß an Toleranz gegenüber anderen, dem anders sein und gegenüber Minderheiten.

Um die Freiheit jedes Einzelnen gegen das Recht des Stärkeren durchzusetzen, ist eine Ordnung notwendig. Diese Ordnung gewährleistet der Staat. Seine Aufgaben liegen im Schutz der verfassungsmäßigen Grundrechte, in den Bereichen innere und äußere Sicherheit sowie die Unterstützung von Bedürftigen. Ferner ist es Aufgabe der Politik, durch staatliches Handeln jene Aufgaben zu erfüllen, die individuell nach rationalen Maßstäben handelnde Menschen nicht wahrnehmen. Hierzu zählt etwa die Mitfinanzierung im Bereich Bildung und die Grundlagenforschung. Weitere Aufgaben hat der Staat nicht.

In Lebensbereiche, die Menschen privat und eigenverantwortlich organisieren können, hat der Staat nicht einzugreifen. Wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, geht dies der staatlichen Betätigung immer vor.

## B) HERAUSFORDERUNGEN FÜR LIBERALE

Liberalen müssen das Freiheitsrecht des Einzelnen immer wieder neu erstreiten.

Die gesetzliche Überregulierung nimmt den Bürgern die Eigeninitiative. Der Einzelne beschäftigt sich damit, sein Verhalten optimal an den gesetzlichen Regelungen auszurichten und empfindet keine Verantwortung für sich und seine Mitmenschen mehr. Die Wiederherstellung der individuellen Freiheit führt zu mehr Solidarität und Verantwortung.

Dies wird im wirtschaftlichen Bereich besonders deutlich: In der Bundesrepublik war die Staatsquote nie so hoch wie heute, niemals hatten wir höhere Staatsschulden, nie hat der Staat die Bürger so bevormundet. Durch Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge fließen fast zwei Drittel des erwirtschafteten Einkommens durch staatliche Kassen. Im Namen des Gemeinwohls verteilen Politiker kreuz und quer das Geld der Bürger. Der Umverteilungsterror schafft Unfreiheit: Bei denen, die in die Abhängigkeit von angeblich sozialen Leistungen geführt werden, obwohl sie selbst für sich sorgen können und wollen, und bei denen, die von ihrem Einkommen abgeben müssen.. Es gibt kein Gemeinwohl, wenn es sich nicht in mehr Freiheit für den Einzelnen niederschlägt.

Die Freiheit jedes Menschen, seinen Lebensweg, seinen Bildungsweg und seine soziale Absicherung frei und eigenständig zu organisieren, wird dazu führen, dass Menschen für diese Aufgaben nicht mehr den Staat benötigen, sondern andere, freiwillige Formen der Zusammenarbeit wählen.

## C) ENTWÜRFE LIBERALER POLITIK

### 1) BÜRGERGESELLSCHAFT

Die Bürgergesellschaft ist die Basis einer liberalen Gesellschaftsordnung. Weiterhin kann sie als öffentlicher Raum gesehen werden, der neben Markt und Staat als dritter Sektor fungiert. Von dieser aus werden die Sektoren Staat und Markt beurteilt.

Hierzu nehmen Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten selbst in die Hand und geben nur die Aufgaben an den Staat oder den Markt, die sie im Rahmen der Selbstorganisation nicht erfüllen können.

### 2) BILDUNG

Der heutige Bildungsmarkt wird vom Staat bestimmt. Dieser fördert die Einrichtungen pauschal und ohne Blick auf die Interessen der Schüler, Studenten und der anderen Bildungsnehmer. Aufgrund der starren Strukturen können die Einrichtungen nicht flexibel genug auf die Erfordernisse der Informationsgesellschaft und ständig wechselnde Anforderungen reagieren. Dies machen schon heute lebenslanges Lernen notwendig. Die staatliche Bildungspolitik erreicht heute keines der beiden Ziele: Höchste Qualität der Bildungsangebote und freien Zugang zu diesen für alle.

Zukünftig zieht sich der Staat vollständig aus dem Bildungsmarkt zurück. Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen, Berufsschulen etc. werden von Stiftungen, Unternehmen oder Vereinen geführt. Die Menschen entscheiden selbst, wie, wann und wo sie sich ihre erforderliche Bildung aneignen. Sie bezahlen aber auch für diese. Um jedem den Zugang zu allen Angeboten zu gewährleisten, gibt der Staat Bildungsgutscheine aus. Mit diesen können die Leistungen der Bildungsanbieter bezahlt werden. Der Staat subventioniert die Nachfrager, nicht die Anbieter. Das stellt eine Versorgung auf hohem Niveau sicher.

Auch im Umfeld der Bildungseinrichtungen wirkt die Förderung des Nachfragers. Die Subventionen für Einrichtungen der Studentenwerke, wie Mensen oder Studentenwohnheime entfallen. Gleiches gilt für das BAföG und andere Vergünstigungen. Die bisher separaten Leistungen werden zusammengefasst und über das Bürgergeld direkt an den Studenten bezahlt. Von dem nun zur Verfügung stehenden Budget muss der Student in der Lage sein sich auf dem Markt mit den nötigen Gütern zu versorgen.

### 3) KULTUR UND RELIGION

Kultur ist die Gesamtheit dessen, was die Bürger veranstalten und befürworten. Daher zieht sich der Staat aus allen Bereichen der Kultur zurück.

Der Staat hat sich von allen Verbindungen zu einem bestimmten Glauben zu lösen. Es darf nicht sein, dass der Staat die Amtskirchen privilegiert. In einer modernen liberalen Gesellschaft konkurrieren mehrere spirituelle Antworten, unter denen der Bürger frei wählen kann.

#### 4) SOZIALES

Umverteilung ist kein Ziel der Sozialpolitik. Aus der Forderung nach Gerechtigkeit lässt sich nicht begründen, dass eine Umverteilung von "Reichen" zu "Armen" stattfinden muss.

Sozialpolitik hat die Aufgabe, für diejenigen zu sorgen, die selbst nicht für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Wer in Not ist, dem muss geholfen werden. Es kann nicht hingenommen werden, dass Menschen unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Das Bürgergeldsystem stellt dies sicher und ermöglicht gleichzeitig den Weg in ein eigenverantwortliches Leben.

Mit der Einführung des Bürgergeldes werden alle weiteren Umverteilungsmaßnahmen abgeschafft. Die Summe der breitgestreuten Sozialleistungen (Wohngeld, Sozialtarife aller Art usw.) werden hierdurch ersetzt.

Die staatlichen Sozialversicherungen werden konsequent durch private ersetzt. An die Stelle der Pflichtversicherungen tritt die Versicherungspflicht gegen Grundrisiken und für eine Grundsicherung im Alter und bei Arbeitslosigkeit. Über weitere Absicherungen entscheidet jeder einzelne selbst.

In der Drogenpolitik sind Cannabisprodukte freizugeben. "Harte" Drogen wie Kokain und Heroin sind in das Arzneimittelgesetz aufzunehmen. Sie werden unter verbindlichen Qualitätsstandards hergestellt und nach ärztlicher Verordnung legal über Apotheken zu beziehen sein.

#### 5) WIRTSCHAFT UND STEUERN

Die staatliche Betätigung im wirtschaftlichen Bereich ist zu beenden. Hierzu gehört der Verkauf aller staatlichen Anteile an Unternehmen sowie das Verbot von Dauersubventionen. Grundsätzlich ist auf privates Risikokapital zurückzugreifen und nicht auf staatliche Subventionen. Nur in Bereichen der Anschubfinanzierung sind streng befristete staatliche Zuschüsse zu dulden. Keinesfalls darf der Staat zu Gunsten oder zu Lasten einzelner Wirtschaftssubjekte in den Markt eingreifen.

Gesetzliche Regelungen sollen im Wirtschaftsbereich konsequent abgebaut werden. Hierzu zählt das Ladenschlussgesetz ebenso, wie die Gesetze, die heute noch die Ausübung bestimmter Berufe regeln. Bis auf sicherheitstechnisch relevante Berufe und Tätigkeiten im medizinischen Bereich, soll jeder jede Tätigkeit ohne formale Zugangsbeschränkung ausüben dürfen. An die Stelle der geschützten Berufsbezeichnungen treten vom Markt geschaffene Zertifikate, Schulungen und Prüfungen.

Protektionisten aus allen politischen Lagern wollen uns weismachen, die Globalisierung führe zu einem ungehemmten Kapitalismus. Der weltweite Wettbewerb und die Öffnung von Märkten über den ganzen Globus lassen in Wirklichkeit aber nur deutlicher als bisher hervortreten, wo es den Volkswirtschaften an Wettbewerbsfähigkeit fehlt. Die Öffnung der Märkte bietet Chancen auf dem Weltmarkt und somit Chancen auf Wohlstand auch für ärmere Länder. Dies darf nicht

durch Absprachen unter den Industriestaaten verhindert werden. Auch nicht im Namen der EU. Hierfür brauchen wir einen dauerhaften ordnungspolitischen Rahmen.

Das heutige Steuersystem ist hochkompliziert und undurchschaubar. Das führt zu Steuerhinterziehung und geringer Akzeptanz der Steuerpflicht.

Das Steuersystem muss so einfach wie möglich sein. Es darf keine Doppelbesteuerungen vornehmen. Daher ist auf jede Art von Einkommen eine Steuer von 25% zu erheben. Es gibt einen Steuerfreibetrag, bisherige Abzugsmöglichkeiten werden allerdings ersatzlos abgeschafft. In das Steuersystem wird das Bürgergeld einbezogen.

Aus dem Steueraufkommen finanziert der Staat seine Kernaufgaben. Für alle anderen staatlichen Leistungen, besonders in den Kommunen kommt das Verursacherprinzip zum Tragen: sie werden über Gebühren bezahlt. Alle Schulden der öffentlichen Hand sind umgehend zu begleichen. Ein Verschuldungsverbot und die Pflicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sind für alle staatlichen Ebenen verfassungsmäßig festzuschreiben.

## 6) INNEN UND RECHT

Die Innen- und Rechtspolitik hat individuelle Freiheitsrechte sicherzustellen. Dazu muss der Staat die Verfassungsrechte, wie das Recht auf Eigentum, schützen. Keinesfalls darf der Staat aber die Freiheitsrechte des Einzelnen antasten. Jeder darf unbehelligt tun und lassen was er will, solange er keinen anderen in seinen Freiheitsrechten einschränkt. Niemand hat das Recht, in die Privatsphäre und die Freiheit des Einzelnen einzudringen. Auch der Staat genießt hier keine Sonderrechte. Die individuelle Freiheit ist das Maß für die Freiheit einer Gesellschaft.

Es müssen für jeden Eingriff in die Freiheitsrechte des Einzelnen schwerwiegende Gründe vorliegen. In den Bereichen Wehrpflicht, Erhebung personenbezogener Daten, Überwachungsmaßnahmen und Eingriff in das Bankgeheimnis liegen aber heute schon nicht zu akzeptierende Eingriffe in die individuelle Freiheit vor.

Die Meinungsfreiheit ist durch freien Zugang aller zu nicht überwachten Kommunikations- und Informationsmedien sicherzustellen.

Rundfunk und Fernsehen sind der staatlichen Mitsprache zu entziehen und die öffentlich-rechtlichen Anstalten in private zu überführen.

Der Status des Beamten wird abgeschafft.

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Der Artikel 16 GG ist dementsprechend wieder herzustellen. Um die Zuwanderung nach Deutschland zu regeln, ist das Asylrecht das falsche Mittel. Hierzu brauchen wir endlich ein Einwanderungsgesetz. Der Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen ist möglichst in Absprache mit den Nachbarn innerhalb und außerhalb der EU nachzukommen.

## 7) UMWELT

Da die Natur nicht zu den ökonomisch fassbaren Größen zählt, fließt ihr Schutz derzeit nicht in die Planung von Unternehmen und Organisationen ein. Das derzeit angewendete System der Grenzwerte berücksichtigt die tatsächliche Aufnahmefähigkeit der Natur nur unzureichend.

In Zukunft muss der Maßstab sein, wieviel die Natur an Regeneration leisten kann: Statt Emissionswerten muss die Immissionsfähigkeit in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt werden. Jede Fläche wird beurteilt und der Besitzer erhält ein entsprechendes Zertifikat ausgestellt. Verursacher von Emissionen müssen Zertifikate in Höhe ihrer Emissionen von den Besitzern der zertifizierten Flächen erwerben.

Einen nachhaltiger Naturschutz muss garantiert sein. Um dies zu erreichen, verlieren die ausgestellten Zertifikate beständig an Quantität, bis die durch Zertifikate definierten Emissionen im Bereich der realen Regenerationsfähigkeit der Natur liegen. Durch die Einführung der Leistung Regenerierung wird der Faktor Umwelt zur ökonomisch fassbaren Größe und findet Einfluss in die Unternehmensplanung.